

Christlich Demokratische Union & Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FRAKTIONEN IM RAT DER STADT MEERBUSCH

CDU & Bündnis 90 / Die Grünen - Meerbusch

**Frau Bürgermeisterin
Angelika Mielke-Westerlage
Stadt Meerbusch
- Ratsbüro -
40667 Meerbusch-Büderich**

Meerbusch, 5. Mai 2016

**Antrag
Rat am 30.6.2016
Kapazitätserweiterung Flughafen Düsseldorf**

Sehr geehrte Frau Mielke-Westerlage,

die Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen, beantragen, der Rat der Stadt Meerbusch beschließt:

Der Rat der Stadt Meerbusch bekräftigt nochmals seine entschiedene Ablehnung der vom Flughafen Düsseldorf beantragten Kapazitätserweiterung und bittet die Verwaltung

- a.) weiterhin in Zusammenarbeit mit den andern lärm betroffenen Kommunen im Umland des Düsseldorfer Flughafens alle politischen und rechtlichen Maßnahmen zur Verhinderung dieses Antrags auf Kapazitätserweiterung zu ergreifen.
- b.) Der Rat der Stadt Meerbusch begrüßt ausdrücklich, die von der Bürgermeisterin bereits vorgeschlagenen Verfahrenswege, insbesondere die Auslage von Unterschriftenlisten zur Sammlung von Einwendungen gegen den Antrag des Flughafens Düsseldorf.
- c.) Der Rat der Stadt Meerbusch empfiehlt den lärmgeplagten Meerbuscherinnen und Meerbuschern, schriftliche Einwendungen gegen den Antrag des Flughafens im Rahmen des formellen Verfahrens zur Öffentlichkeitsbeteiligung im Zeitraum vom 25. Mai bis zum 6. Juli 2016 zu erheben und damit die von der Stadt Meerbusch vorgesehenen Einwendungen und die Klage gegen die Kapazitätserweiterungen zu unterstützen.
- d.) Die Bürgermeisterin wird beauftragt, Landesverkehrsminister Groschek aufzufordern bei seiner Entscheidung neben Recht und Gesetz (Aussage des Ministers zur Entscheidungsgrundlage zur Kapazitätserweiterung - WAZ 5.5.2016) auch die gesundheitlichen Belastungen und den Anspruch auf ein notwendiges Maß an Lebensqualität zu beachten.

Begründung:

Am 27. Februar 2015 hat der Flughafen Düsseldorf den Antrag auf Planfeststellung mit einer Änderung seiner Betriebsgenehmigung beim NRW-Verkehrsministerium eingereicht. Der Antrag sieht eine Erhöhung der planbaren Flugbewegungen von 45 auf 60 pro Stunde in den Zweibahnstunden vor. Zwischenzeitlich hat der Flughafen Düsseldorf die Dokumente zum Antrag zur Kapazitätserweiterung aktualisiert und dem Ministerium in einer überarbeiteten Fassung am 7. März 2016 vorgelegt.

Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Planfeststellungsbehörde) hat in Abstimmung mit der zuständigen Anhörungsbehörde, der Bezirksregierung Düsseldorf, die Antragsunterlagen als auslegungsreif bewertet. Die Bezirksregierung wird nunmehr den nächsten Schritt des Verwaltungsverfahrens, nämlich die breite Öffentlichkeitsbeteiligung, einleiten. In der Zeit vom 25. Mai bis zum 24. Juni 2016 werden die Antragsunterlagen öffentlich ausgelegt. Zwischen dem 25. Mai und dem 6. Juli hat jede Bürgerin bzw. jeder Bürger, dessen Belange durch die beantragte Maßnahme berührt werden, die Möglichkeit schriftliche Einwendungen gegenüber der Anhörungsbehörde zu erheben. Die Einwendungsfrist endet am 8.07. Die Behörden und Träger öffentlicher Belange haben sogar drei Monate Zeit zur Stellungnahme.

Düsseldorf ist der einzige NRW-Flughafen, dessen Nutzung in die Nähe der gesetzten Grenzwerte kommt. Überall sonst sind noch erhebliche Reserven vorhanden. Es gibt zudem keine Notwendigkeiten für den Ausbau des Flughafens. So werden von Düsseldorf viele Kurzstrecken angeboten, die auch attraktiv auf die Bahn verlagert werden könnten. Kapazitätserweiterungen in Düsseldorf würden Nachteile für die dicht besiedelte Umgebung bedeuten.

Die Stadtverwaltung Kaarst hat ebenso wie die Stadtverwaltung Meerbusch bereits angekündigt, die Sammlung von Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger dieser Städte aktiv durch die Auslage von Unterschriftenlisten an öffentlichen Stellen, in Meerbusch

- Buderich: Stadtbibliothek, Dr. Franz-Schütz-Platz
- Osterath: Verwaltungsgebäude, Bommershöfer Weg 2-8
- Lank: Technisches Dezernat, Wittenberger Straße 21

zu unterstützen.

Der Rat der Stadt Meerbusch hat bereits in seiner Sitzung am 26.02.2015 einstimmig beschlossen die Bürgermeisterin zu beauftragen, in der Fluglärmkommission den Antrag auf Ablehnung des Antrages auf Kapazitätserweiterung des Flughafens (auch in der abgeänderten Variante) zu stellen. Damit wurde der seinerzeitige Rats-Beschluss vom 7. April 2014 nochmals bekräftigt.

Werner Damblon
CDU

Jürgen Peters
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN